

solche Sachverhalte in öffentlicher Sitzung erörtern und beraten, die bestehende Rechtslage, vielleicht auch verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen oder andere Fragen, wenn es um so allgemeine und nicht so spezielle Anliegen geht, bei denen Datenschutzbelange berührt sind, sondern wenn Leute sich dafür aussprechen, dass Gesetze geändert werden.

Ansonsten hatten wir viele Petitionen zum Bereich der erneuerbaren Energien, bei denen man sehen muss, dass dies ein wichtiges Thema ist. Aber man muss immer wieder sehen, wo die Zuständigkeiten sind, das heißt, wo sich die Petitionen eindeutig auf Bereiche richten, für die Kommunen die Entscheidung haben, die die Kommunen zu treffen haben. Auch in vielen anderen Bereichen gibt es Petitionen, die Belange berühren, für die eindeutig die Kommunen in der Sache zu entscheiden haben und wir als Landtagsausschuss nicht sagen können, wir hebeln die kommunale Selbstverwaltung aus, sondern in der Regel feststellen, dass die Kommunen in der Sache entscheiden. Wenn es bei diesen Entscheidungen mit rechten Dingen zugeht, wird man die kommunale Selbstverwaltung respektieren müssen.

Insofern war das wieder ein interessantes Jahr für das Petitionswesen. Ich hoffe, dass wir im Bereich der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ noch einmal über die Frage der Öffentlichkeit von Beratungen über Petitionen zum Reden kommen.

Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die kollegiale Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Braun:**

Vielen Dank.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten vor.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 18 und 19 erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 20** der Tagesordnung:

**Beratungs- und Projektwesen im rheinland-pfälzischen Sozialministerium – mit Schwerpunktsetzung Europäischer Sozialfonds (ESF) Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksachen 16/3595/3737/3755 –

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Anklam-Trapp.

**Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Koalition von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, haben heute die Besprechung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Beratungs- und Projektwesen in Rheinland-Pfalz zur Aussprache gestellt. Wir sind der Überzeugung, dass alle Fragen umfangreich und transparent beantwortet wurden.

Bereits im September letzten Jahres haben die Kolleginnen Hedi Thelen und Gabriele Wieland von der CDU sechs Kleine Anfragen mit insgesamt 22 Fragen gestellt. Diese wurden umfangreich und detailliert beantwortet.

Die aktuelle Große Anfrage mit 96 Fragen zu diesem Thema liegt vor. Auch hier wurde umfassend berichtet, sodass wir denken, dass die Grundlage zur Debatte im Plenum gegeben ist.

Meine Damen und Herren, worum geht es? – Es geht um das Beratungs- und Projektwesen, wie lange es zurückliegt und was in der Zeit geleistet wurde.

In den 90er-Jahren war das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit das bestimmende Thema in den Industriestaaten. Wirtschaftsexperten sagten ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit voraus, und große Unternehmen hatten zu diesem Zeitpunkt Entlassungen angekündigt.

Arbeitslosigkeit galt als persönliches und soziales Übel. Dazu Zahlen: 1994 Rheinland-Pfalz: Arbeitslosigkeit 7,5 %; Bund: 9,7 %; heute aktuell der Stand Juni: Rheinland-Pfalz: 5,2 %; Bund: 6,5 %.

Rheinland-Pfalz konnte sich in all den Jahren auf einen stabilen 3. Platz im Ranking der Länder auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Meine Damen und Herren, noch nie in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz gab es eine solch hohe Zahl an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Das ist das Ergebnis, der Erfolg sozialdemokratischer Politik in 20 Jahren Regierungsverantwortung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Baldauf, CDU: Tosender Applaus! –  
Frau Thelen, CDU: Gute Wirtschaftspolitik  
in Berlin!)

Die damalige CDU-geführte Landesregierung hatte eine Enquete-Kommission eingesetzt. Die wesentliche Beschlussempfehlung und die Forderung war eine zentrale Beratungsstelle für Beschäftigung und Qualifizierungsmodelle. Erstmals wurden 1992 und 1993 im Haushalt Mittel eingestellt.

Was wurde seitdem geleistet? – Sie kennen das alles: die Beratung von Projektträgern, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, Arbeitsvermittlung von Menschen mit Schwerbehinderung, Beschäftigung nach Konversion, Arbeitsprojekte nach Suchthilfe, Integrationsfirmenmodelle für ältere Beschäftigte usw.

Nach den Abrechnungen der ESF-Förderperiode von 1994 bis 2013 sind rund 607 Millionen Euro in arbeitsmarktpolitisch wirksame Projekte verausgabt worden,

Wenn man nach der Effizienz dieser Maßnahmen fragt – auch im Ausschuss – und nicht befriedigende Antworten bekommt, wenn man nach technischen Hilfen und danach fragt, nach welchen Kriterien sie eingesetzt werden, und man immer wieder nur Zahlen von Teilnehmern erfährt, dann ist es kein Wunder, wenn man noch einmal nachfragt.

(Beifall der CDU)

Wenn man im Zuge dieser Nachfrage immer wieder auf einen Namen, nämlich Schneider-Beratung stößt, egal, ob es um arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, um Integrationsmaßnahmen oder um die Einladung zum Demografiekongress bis hin zu den Weihnachtsgrüßen des Ministeriums geht, dann ist es doch kein Wunder, dass man vertieft nachfragt.

(Beifall der CDU –  
Bracht, CDU: Dann muss man nachfragen!)

Dann ist es auch nicht erstaunlich, dass bei uns im Laufe der Jahre zumindest der Eindruck eines Dschungels im Zusammenhang zwischen Sozialministerium und – ich nenne es einmal so – Sozialindustrie entstanden ist. Auch das muss hinterfragt werden

Unser Ansinnen ist es, das weiter zu hinterfragen. Das würden wir gerne im Ausschuss tun. Deshalb beantragen wir eine Überweisung an den Ausschuss.

Danke.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Das Wort hat Frau Anklam-Trapp. Sie haben schätzungsweise noch Redezeit für einen Satz.

(Zurufe von der CDU)

**Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe eine Bitte an die CDU-Fraktion. Machen Sie keine Rufschädigung, reden Sie es nicht schlecht. Es sind 7.500 Projekte in 20 Jahren.

Eine Antwort zur RAT GmbH: Schneider hat beim Provider die RAT GmbH-Website zum 1. Juli beantragt. Die Firma existiert nicht mehr.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt eine neue Seite, die noch nicht im Netz ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit ist die Besprechung der Großen Anfrage und der

Antwort der Landesregierung erledigt.

(Bracht, CDU: Die CDU-Fraktion hat Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt!)

Dann stimmen wir darüber ab. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen?

(Frau Klöckner, CDU: Das ist der Wahnsinn!  
Das ist ja peinlich! –

Licht, CDU: Das ist jetzt ein Eigentor! –

Frau Klöckner, CDU: So ein Eigentor gibt es gar nicht! –

Weitere Zurufe von der CDU –  
Glocke der Präsidentin)

Somit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

(Bracht, CDU: Es motiviert uns richtig, da nachzufragen! Da muss doch was drinstecken! –

Dr. Weiland, CDU: So reagiert nur jemand, der etwas zu verbergen hat! –

Weitere Zurufe von der CDU)

Die Besprechung der Großen Anfrage ist hiermit erledigt.

Ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

**Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz human gestalten**

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/3809 –

Dieser Antrag ersetzt den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3770 –.

Ich erteile Frau Kollegin Spiegel das Wort.

**Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben aktuell die größten Flüchtlingszahlen weltweit seit dem Zweiten Weltkrieg. Davon sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen 55 Millionen Menschen weltweit betroffen. Gut 30 Millionen Menschen weltweit sind in ihrem eigenen Land auf der Flucht. Die anderen suchen Zuflucht vor Krieg, Folter, Vertreibung oder vor dem sicheren Tod in den Nachbarländern, oder aber sie machen sich auf den Weg nach Europa. Wir haben auch hier in Rheinland-Pfalz die Situation, dass wir hohe Flüchtlingszahlen haben und bis Ende des Jahres mit etwa 9.000 bis 10.000 weiteren Flüchtlingen rechnen, die zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund freut es mich sehr – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass wir zu diesem Themenbereich einen gemeinsamen Antrag heute im Plenum beraten und besprechen, der